

FOOD First



Thema Seite 4-10

Hungerkatastrophen

Ursachen, Folgen, Strategien

Außerdem in diesem Heft:

Ernährungslage in Palästina
Wirtschaftsliberalisierung in Mexiko
Aktuelle Elaktionen zu Indien, Honduras und Guatemala

Internationale Menschenrechtsorganisation
für das Recht sich zu ernähren



Inhaltsverzeichnis

Aktuell

- G8-Gipfel** 3

Thema

- Hintergründe Hungerkatastrophen** 4
Neue Nahrungshilfekonvention? 6
Ernährungslage Palästina 8
Nach dem Tsunami 9
Österreich:
Umstrittene Nahrungsmittelhilfe 10

International

- Bananenmultis am Cacarica-Fluss** 11
Wirtschaftsliberalisierung in Mexico 12
Philippinen: Kampf um Land 13

Organisation

- Weltweite Proteste für Agrarreformen** 14
FIAN-Sektionen ziehen an einem Strang 15
Rundreise ugandischer GewerkschafterInnen 16
Bericht zur FIAN-Jahresversammlung 17

Vermischtes

- Buchbesprechung: Das globale Huhn** 18
Neue Publikationen 19
Termine 20

Editorial

Schicksalsschlag Hunger?

Vor 30 Jahren erschien das Buch *Food first – beyond the myth of scarcity* von Joseph Collins und Frances Moore Lappé. Dieses Buch war mit ein Anstoß für die Entstehung von FIAN und hat seitdem nur wenig von seiner Aktualität eingebüßt.

Dort heißt es etwa: „Die stärkste Beschränkung der Nahrungsproduktion und Verteilung stellt sich als die Ungerechtigkeit heraus, die durch unsere Art von Wirtschaftssystem erzeugt wird. (...) Wir lernten, dass die Amerikaner und Europäer das Lebensmittelproblem nicht lösen müssen. Hungernde Menschen können sich selbst ernähren und tun es auch, wenn man sie nur lässt. (...) Die Aufgabe der Amerikaner – und Europäer – wird jetzt klar. Wichtiger als Lebensmittelhilfe (...) ist der Aufbau einer Bewegung in diesen Ländern, die die Verbindung klarmacht, wie Regierungen, Gesellschafts- und Landeliten die Nahrungssicherheit (...) untergraben.“

Was heißt das heute? In den Millenniumszielen hat sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2000 dazu verpflichtet, den Anteil der Armen bis zum Jahr 2015 um 50 Prozent zu reduzieren. Dies schließt auch eine Reduzierung des Anteils der Hungernden ein.

Die Realisierung der angestrebten Ziele ist aber nach wie vor in weiter Ferne. Besonders deutlich für die Weltöffentlichkeit wird die Situation der Hungernden im Fall akuter Nahrungsmittelkatastrophen. Derzeit gibt es laut FAO-Angaben 31 Hungerkrisenländer.

Welche Ursachen, Folgen und Strategien es zur Bewältigung der Hungerkrise gibt – davon handelt der Schwerpunkt des vor Ihnen liegenden aktuellen *FoodFirst*.

FIAN muss und wird sich auch den hier geschilderten Herausforderungen stellen. Wie schreiben Collins/Lappé: „Das einzige Hindernis für die Lösung des Hungers in der Welt ist das Gefühl der Machtlosigkeit, das den Menschen aufgezwungen wird.“ „Wir können das Problem des Welthungers nicht für andere Menschen lösen. Sie müssen das selbst tun. Wir können jedoch daran arbeiten, die Hindernisse zu entfernen, die es den Menschen in aller Welt immer schwieriger machen, die Kontrolle über die Lebensmittelproduktion zu übernehmen und sich selbst zu ernähren.“

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Dr. Markus Greiling

Über die Fotografin

Carolin Reintjes hat sich schon früh dem asiatischen Raum zugewandt und befasst sich zurzeit in ihrer Diplomarbeit mit dem Konflikt auf der philippinischen Halbinsel Bondoc. Die hier gezeigten Fotos entstanden im Rahmen eines dreimonatigen Aufenthaltes auf Bondoc als Menschenrechtsbeobachterin für das IPON-Projekt. Kontakt: carolin@reintjes.org.

IMPRESSUM

Herausgeber:

FIAN-Deutschland e. V.

Düppelstraße 9-11, 50679 Köln

Tel. 0221-7020072, Fax 0221-7020032

E-Mail: fian@fian.de, Internet: www.fian.de

FIAN-Österreich

Laudongasse 40, 1080 Wien

Tel. 01-4055515, Fax 01-4055519

E-Mail: fian-oe@oneworld.at, Internet: www.fian.at

Redaktionsteam: Armin Paasch, Uschi Strauß

Gedruckt auf 115 g Reprint

Layout: Georg Temme

Druck: Basisdruck GmbH, Springwall 4, 47051 Duisburg

Fotos: © FIAN oder siehe Bildunterschrift

Titelfoto: Fotomontage unter Verwendung der Fotos von

© Stefan Kuemmel, Brian S

Erscheinungsdatum: Juli 2007

Erscheinungsweise: drei Ausgaben/Jahr

Auflage: 2.600

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten

Einzelpreis 4,50 €

Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum

Konto 4000 4444 00

BLZ 430 609 67

Der Gipfel der Ergebnislosigkeit

Der G8 in Heiligendamm

Der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm brachte die größte Massenmobilisierung der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland. Die Bewegung konnte auch weit über die eigene Szene hinaus die öffentliche Debatte und das Meinungsklima beeinflussen.

So ist die Delegitimierung des Gipfels als Institution inzwischen weit in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Mit Heiligendamm hat sich die Einsicht weitgehend durchgesetzt, dass eine Einrichtung, die gerade einmal 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentiert, nicht dafür geeignet ist, die existentiellen Probleme des ganzen Planeten zu lösen. Die G8 ist ein Auslaufmodell. Spätestens wenn Bush weg ist, wird es Veränderungen geben.

Nachdem die WTO seit Seattle in der Dauerkrise steckt und inzwischen auch IWF und Weltbank in Schwierigkeiten geraten sind, zeigt sich jetzt auch an den G8, dass die Global Governance Strukturen, die bisher das neoliberale Projekt befördert haben, in einer Sackgasse stecken. Heiligendamm war eine Demonstration der Handlungsunfähigkeit.

Auch ist es den Gipfelkritikern wie bei keinem anderen G8 auf deutschem Boden zuvor gelungen, auf den zentralen Themenfeldern ihre Argumente und Alternativen zu platzieren.

Beim Klima wurde kein konkretes Reduktionsziel für CO₂ vereinbart. Die USA haben die deutsche Kanzlerin mit dem Vorschlag, den Temperaturanstieg bis 2050 auf maximal 2 Grad Celsius zu beschränken, abgeblockt. Und das 15 Jahre nach Rio. Außer diplomatischen Floskeln ist in der Erklärung zum Klima nichts zu finden. Selbst die Orientierung auf die UNO bei zukünftigen Verhandlungen, die von Merkel als „Durchbruch“ gefeiert wurde, findet sich nur in der Zusammenfassung der Vorsitzenden und bindet die anderen in keiner Weise. Im gemeinsamen Dokument heißt es dazu: „Wir bekennen uns zur Weiterentwicklung des internationalen Systems zur Bekämpfung des Klimawandels, insbesondere im Vorfeld der VN-Klimakonferenz in Indonesien Ende dieses Jahres.“ Von der Substanz her ist das nicht mehr als eine Terminankündigung.

Bei Afrika werden die Beschlüsse von Gleneagles, bis 2010 die Entwicklungshilfe auf 50 Milliarden



„Land für Menschen – nicht für Profit“: die Berliner FIAN Gruppe demonstrierte in Rostock mit Großpuppen

Dollar zu verdoppeln, bekräftigt. Wenn man den Schuldenerlass für Nigeria herausrechnet, stehen wir bei ca. 24 Milliarden Dollar. Das ist immer noch weniger als die Hälfte des Aufstockungsziels. Bis 2010 sind es noch drei Jahre. Angesichts der Erfahrungen mit Ankündigungen – wir feiern dieses Jahr den 37. Geburtstag der Nichterfüllung des 0,7 Prozent Ziels¹ – sind selbst die Popstars Geldof und Bono, die in Gleneagles noch gutgläubig waren, inzwischen der Meinung, dass auch dieses Versprechen gebrochen wird.

Nicht besser sieht es beim dritten Thema aus, das die Bundesregierung hatte stark machen wollten – die Regulierung von Hedgefonds, die Heuschrecken, wie Müntefering sie nannte. Die Fonds sind Geldmaschinen, die die Stabi-

lität der Finanzmärkte gefährden. Sie repräsentieren zudem ein Modell von Kapitalismus, das rücksichtslos über Arbeitnehmerinteressen und soziale Belange hinweggeht.

Die globalisierungskritische Bewegung ist durch die Kampagne gestärkt. Die verschiedenen Sektoren – NGOs, Gewerkschaften, Attac, das linke Spektrum – haben Absprachen getroffen und vieles koordiniert. Trotz des Gewaltausbruchs bei der Demonstration, der von einigen Steineschmeißern provoziert wurde, konnten die anderen Aktionen friedlich und erfolgreich durchgeführt werden. Der Alternativgipfel war von seiner Trägerschaft her die breiteste Veranstaltung seiner Art. Mit 2.000 TeilnehmerInnen und 120 Workshops war er ein wichtiges Verständigungsforum und fand eine starke Medienbeachtung.

Auch die Demonstrationen am Zaun haben mit einer friedlichen, bunten, jugendgeprägten Aktion Gegenbilder zur Stahlfestung geliefert, hinter der sich die Mächtigen verschanzten. Und auch das große Abschlusskonzert von Grönemeyer und „Deine Stimme gegen Armut“ – live in der ARD übertragen – hat dazu beigetragen, dass die Aktionswoche als großer Erfolg in die Geschichte sozialer Bewegung in Deutschland eingehen wird.

Der Autor ist Vorstandsmitglied von Attac.

¹ 1970 hatten die Industrieländer versprochen, 0,7% ihres BSP für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Hungerkatastrophen – Ursachen, Folgen, Strategien



Foto: Carolin Reintjes

Hunger und Unterernährung sind immer noch die Gesundheitsrisiken Nr. 1 weltweit; sie verhindern, dass Menschen ein aktives Leben in Würde führen. Die FAO schätzt die Zahl der Hungernden auf weltweit 854 Millionen, das heißt einer von sieben Menschen leidet an Hunger und Unterernährung. In 31 Ländern spitzt sich die Hungerkrise derzeit zu einer Hungerkatastrophe zu.

Afrika zählt 23 Hungerkrisenländer, es folgen Asien (sieben Länder) und Lateinamerika (ein Land). Die UN schätzen, dass etwa acht Prozent der durch Hunger verursachten Todesfälle durch Hungerkatastrophen verursacht werden. Nur in den seltensten Fällen sind diese Katastrophen durch ein einzelnes Naturereignis ausgelöst worden. Hungersnöte sind eine dramatische Störung des sozialen wirtschaftlichen und institutionellen Gefüges einer Gemeinschaft, das normalerweise die Produktion, Verteilung und Konsum von Nahrungsmitteln regelt. Hungersnöte sind zumeist auf ein Zusammenwirken von politischem, wirtschaftlichem und ökologischem Fehlverhalten zurückzuführen und dadurch sehr vielschichtig.

Komplexe Ursachen

Laut FAO wurden 17 der 31 Hungerkrisen Anfang 2007 durch Bürgerkriege und Konflikte ausgelöst. Ströme von Vertriebenen und Flüchtlingen können in Ländern wie Zentralafrikanische Republik, Elfenbeinküste, Demokratische Republik Kongo, Guinea, Sudan aber auch Afghanistan oder Timor-Leste nicht mehr ausreichend mit Nahrung versorgt werden und machen häufig externe Nahrungsmittelhilfe notwendig. In anderen Ländern führte die ver-

schlechterte Sicherheitslage zur Aufgabe der existenziell wichtigen lokalen Landwirtschaft (Zentralafrikanische Republik, Somalia, Tschad). Ist die Krise weitgehend überwunden, zeigt sich der Wiederaufbau der Landwirtschaft in Post-Konfliktländern als sehr langwieriger Prozess. Sierra Leone und Liberia sind Beispiele für Post-Konfliktländer, deren Landwirtschaft bis heute keine Hungerkrisen zu vermeiden vermag.

Witterungsbedingte Ursachen, die immerhin zu 14 der 31 aktuellen Hungerkrisen führten, sind angesichts der aktuellen Klimaprognosen besorgniserregend. Denn hier sind mehrfache Dürren und Hochwasser die Hauptverursacher von Hungerkatastrophen. Zwar sind die meisten dieser Hungerkrisen an weitere Faktoren wie Konflikte gekoppelt, aber mit Mauretanien, Madagaskar, Kenia und Bolivien (hier auch Frost in den Höhenlagen) liegen Fälle vor, deren Ursachen im Wetterverlauf liegen. Die Zunahme von Dürreperioden in bereits heute trockenen Regionen und die höhere Hochwassergefahr in Feuchtgebieten sind Prognosen (IPCC-Berichte 2007), die das Hungerkatastrophenrisiko in vielen Entwicklungsländern, vor allem aber in Afrika, verstärken werden. Um Hunger und Hun-

gerkatastrophen zu verstehen, vorherzusehen und zu vermeiden, wird es zunehmend wichtig sein, die vielfältigen künftigen Folgen der globalen Klimaerwärmung in die Betrachtung der Ursachen einzubeziehen. Es ist davon auszugehen, dass künftig durch Klimawandel gepaart mit Bevölkerungswachstum bislang fruchtbare Lebensräume vieler Menschen sich zunehmend zu landwirtschaftlichen Ungunsträumen entwickeln werden – also in Trockengebieten, Hochwasserbereiche, Überflutungsräume in Küstenlagen oder in Zonen, die vielfach von tropischen Wirbelstürmen betroffen werden.

Neue Bedrohungen

Die Zunahme von Nahrungsmittelknappheit, Wassermangel, fehlenden landwirtschaftlichen Nutzflächen und die daraus resultierenden Migrationen haben das Potenzial, zu Konflikten um Existenzrechte und zur Zunahme von Hungerkatastrophen zu führen. In diesem Kontext spielt auch die Frage der erneuerbaren Energien und insbesondere der Biomassengewinnung zur Kraftstoffherstellung eine wichtige Rolle. Die Ernährungslandwirtschaft wird künftig mit der Landwirtschaft zur



Foto: Carolin Reintjes

Energiegewinnung konkurrieren müssen. Ernährungssicherung und Energiesicherheit sind dadurch nicht mehr voneinander zu trennen. Die Vielfältigkeit der Ursachen für Hungerkrisen nimmt insgesamt erheblich zu.

Aber nicht nur Klima und Krisen verursachen Hungerkatastrophen. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Gesundheit. So haben beispielsweise Cholera und Dengue-Epidemien schon mehrfach Hungerkrisen ausgelöst, weil sie der Landwirtschaft die Arbeitskräfte rauben. Eine zunehmend strukturelle Bedeutung nimmt HIV/AIDS ein: In Lesotho und Swaziland verursachten Dürrejahre gekoppelt mit einer hohen HIV/AIDS-Prävalenz Hungerkrisen. Die HIV/AIDS-Pandemie führt in allen Wirtschaftsbereichen, so auch in der Landwirtschaft, zu einem Teufelskreis zwischen sinkender Arbeitsleistung, sinkenden Erträgen, zunehmendem Hunger und dadurch weiter abfallender Arbeitsleistung – mit katastrophalem Ausgang.

Zugang zu Ressourcen zentral

Alle Hungerkatastrophen spielen sich in Armutsländern ab. Hunger ist eine besonders schlimme Form der Armut. Akut hungernde Menschen verlieren sowohl die physische wie auch die psychische Kraft, sich selbst aus ihrer Lage zu befreien – sie befinden sich in einem Zustand der Not und sind auf Hilfe angewiesen. Hunger und Armut hängen zusammen, und es ist unbestritten, dass sie sich gegenseitig verstärken und Entwicklung verhindern. Denn wer hungert, kämpft nur noch ums Überleben.

Hunger und Armut haben vielfältige Ursachen, sie sind aber immer Folge eines mangelnden Zugangs zu Ressourcen, Errungenschaften, Leistungen und Möglichkeiten, die eine Gesellschaft –

insbesondere eine globalisierte Gesellschaft – bietet. Der Zugang zu Ressourcen bleibt im Katastrophenfall den Reichen und den Machthabenden vorbehalten. Macht und Ohnmacht sind daher die Extreme, die Hungerkrisen kennzeichnen. Ausgewogene Machtverhältnisse hingegen führen zu einem gerechteren Zugang zu Ressourcen. Amartya Sen hat festgestellt, dass es in keiner funktionierenden Demokratie jemals zu einer Hungersnot gekommen ist. Demokratische Strukturen begünstigen die Verwirklichung der Menschenrechte, auch des Rechts auf Nahrung. Gesellschaftlich getragene soziale Netzwerke können in der Demokratie auch im Krisenfall funktionieren und sichern damit auch marginalisierten Menschen, die zunehmend wenig differenzierend als the vulnerable stigmatisiert werden, den Zugang zu Nahrung und Wasser.

Das Menschenrecht auf Nahrung mit den zugehörigen Freiwilligen Leitlinien sichert nicht nur allen Menschen eine adäquate Ernährung zu jedem Zeitpunkt zu, es verpflichtet sogar die einzelnen Staaten, dieses Recht zu verwirklichen. Doch gerade in Konfliktländern, meist sogenannten failing und failed states (gescheiterten

Staaten), tun sich Regierungen schwer, dieser Pflicht nachzukommen. Mangel an Warn- und Informationssystemen, aber auch Desinteresse führen dazu, dass Hungerkatastrophen nicht erkannt und den Vereinten Nationen nicht oder zu spät gemeldet werden. Ist der Katastrophenfall jedoch eingetreten, gestaltet es sich schwierig, zeitnah eine adäquate Bedürfnisanalyse durchzuführen. Für eine effiziente Nahrungsmittelhilfe, die in einer langfristigen Entwicklung mündet, ist eine fundierte Bedarfsanalyse jedoch unerlässlich. Sie vermeidet, dass hilfsbedürftige Menschen von adäquater Nahrungsmittelhilfe ausgeschlossen werden und sichert den Wiederaufbau der lokalen Landwirtschaft und Märkte nach Überwindung der Hungerkatastrophe ab.

Hungersnöte treten in aller Regel nicht plötzlich auf, sondern entwickeln sich langsam, insbesondere dort, wo es an Prävention mangelt. Zur Prävention, zur Vermeidung und Überwindung von Hungerkatastrophen sind Frühwarnsysteme notwendig, die rechtzeitige, angepasste und effiziente Maßnahmen ermöglichen. Hungerkatastrophen zu vermeiden oder zu beenden bedeutet, aufkommende komplexe Krisen zu erkennen und zu bewältigen. Die vielschichtigen Faktoren, die zur frühzeitigen Erkennung einer sich anbahnenden Hungerkatastrophe zu erfassen sind, zeigen sich in einer Zunahme struktureller Armut: Wenn Armut zunimmt, Menschen den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen verlieren und die vorhandenen Armut reduzierenden Systeme versagt haben, muss der Einsatz von Nahrungsmittelhilfe geprüft werden. Die Herausforderung, rechtzeitig eine Zunahme der Armut zu erfassen, macht den Einsatz qualifizierter Fachkräfte notwendig und kommt in erster Linie den jeweiligen Staaten zu. Insbesondere in Konfliktländern, aber auch in Regionen, die zunehmend vom Klimawandel bedroht werden, sollten lokale und internationale Organisationen sich verpflichtet sehen, zur Wahrung des Rechts auf Nahrung beizutragen und aufkommende Hungerkatastrophen frühzeitig zu signalisieren.

Die Autoren sind Mitarbeiter der Deutschen Welthungerhilfe.

Neue Nahrungsmittelhilfekonvention in Sicht?



Foto: Carolin Reintjes

Ende 2007, Anfang 2008 werden die Neuverhandlungen für die Nahrungsmittelhilfekonvention beginnen. Nahrungsmittelhilfe ist in der Praxis seit Jahrzehnten hoch umstritten, da sie oft eher dem Absatz von Agrarüberschüssen aus den Industrieländern diene, als der Not- und Katastrophenversorgung in Ländern des Südens.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) lud während der deutschen EU-Präsidentschaft alle beteiligten Parteien im Mai zu einer Expertenkonferenz nach Berlin ein, um die Neuverhandlungen inhaltlich vorzubereiten. Nichtregierungsorganisationen (NRO) hoffen nun, dass es bei den Neuverhandlungen die Chance geben wird, die Nahrungsmittelhilfe qualitativ neu zu organisieren und an den Prinzipien des Rechts auf Nahrung zu orientieren. Sie fordern die Entwicklung einer neuen Ernährungssicherheitsarchitektur für die Vereinten Nationen. Aus Deutschland waren an der

Konferenzvorbereitung und während der Konferenz vor allem die Diakonie-Katastrophenhilfe, die Welthungerhilfe, FIAN und Misereor beteiligt.

Hilfe mit katastrophalen Folgen

Die derzeitige Nahrungsmittelhilfekonvention (Food Aid Convention = FAC) ist ein Abkommen zwischen den 23 traditionellen Geberländern der Nahrungsmittelhilfe. Sie wurde 1967 etabliert, nachdem es Mitte der 60er Jahre zu Fehlernten in einigen Entwicklungsregionen kam. Da die Europäische Gemeinschaft damals gerade begann, Überschüsse zu produzieren, entstand die Nahrungsmittelhilfekonvention auf Anregung der USA, um die Last der Verpflichtung zur Nahrungsmittelhilfe zu teilen. Nahrungsmittelhilfe ist in vielen Not- und Katastrophensituationen eines der wichtigen Reaktionsmechanismen, allerdings nur dann, wenn sie richtig eingesetzt wird. Hauptmotiv der Vergabe von Nahrungsmittelhilfe war in den letzten Jahrzehnten oft agrarpolitischer Natur. Bezahlte aus den Agrarhaushalten, diente die Lieferung für einige Geber-Länder dem Abbau der Agrar-Überschüsse. Weizen aus Frankreich, Mais aus den USA. Die Lieferung von Getreide aus den Herkunftsländern der Geber wurden auf den Märkten der Empfängerländer verkauft. Mit den Erlösen konnten die Regierungen der Empfängerländer ihre Haushaltseinnahmen verbessern. Vor allem in den USA sind auch nichtstaatliche Organisationen an dem Geschäft beteiligt. Sie erhalten von der US-Regierung Nahrungsmittelhilfe geschenkt, die sie anschließend auf den Binnenmärkten der Entwicklungsländer verkaufen. Mit dem Erlös können sie dann ihre eigenen Entwicklungsprojekte finanzieren. Die Verkäufe von Nahrungsmittelhilfe waren für die Bauern in Entwicklungsländern oft ruinös, da sie in Konkurrenz mit den Erzeugnissen der lokalen Bauern traten und die Preise, die sie für ihre Produkte bekommen können, sehr stark absenkten. Nahrungsmittelhilfe ist zudem kaum an die Essgewohnheiten der Empfänger angepasst. In den letzten Jahren gab es gravierenden Streit über die Lieferung

von gentechnisch verändertem Mais als Nahrungsmittelhilfe.

Die Kritik an der Nahrungsmittelhilfe, die Nichtregierungsorganisationen seit Jahren vorgebracht haben, hat allerdings auch zu Veränderungen an der Nahrungsmittelhilfekonvention geführt, vor allem aber auch die Praxis der Nahrungsmittelhilfe verändert. Einige Geber haben inzwischen einen Vorrang für lokal oder regional aufgekaufte Nahrungsmittel beschlossen. Bei der EU machen lokal aufgekaufte Nahrungsmittel inzwischen 92 Prozent der Nahrungsmittelhilfe aus. Dennoch wird die Nahrungsmittelhilfe noch immer zu großen Teilen durch direkte Lieferungen per Schiff aus Geberländern in Empfängerländer bestritten. 2004 kamen bei insgesamt 8,2 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe 5,7 Millionen Tonnen direkt aus den Geberländern. Dies liegt daran, dass das Hauptgeberland, die USA, kaum Veränderungen vorgenommen hat.

Oft wäre es wesentlich sinnvoller, mögliche Überschüsse im Empfängerland oder in der Region aufzukaufen (local or regional procurement), anstatt Geberüberschüsse mit enormen Transportkosten rund um die Welt zu transportieren. Katastrophen betreffen selten ganze Länder, oft sind nur einzelne Regionen oder Landkreise betroffen, so dass auch in Katastrophensituationen oft nationale Überschüsse aus anderen Landesteilen genutzt werden könnten oder zumindest Überschüsse aus Nachbarländern der Region. Dies würde vor allem Bäuerinnen und Bauern im Land oder in der Region stärken und sie anregen, mehr Nahrungsmittel anzubauen. Lokaler oder regionaler Ankauf von Überschüssen benötigt allerdings Geld aus Entwicklungshilfe, während die Nahrungsmittelhilfe aus heimischen Beständen in der Regel durch die Agraretats bezahlt wird.

Die Nahrungsmittelhilfe war bislang zudem als Krisenmechanismus untauglich: Immer wenn die Getreidepreise stiegen und die verfügbaren Mengen von Getreide auf dem Weltmarkt zurückgingen, stand weniger Überschussgetreide für die Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung. Und immer dann, wenn die Preise ohnehin niedrig waren und hohe Getreidemengen produziert wurden,



Foto: Carolin Reintjes

gab es hohe Mengen für die Nahrungsmittelhilfe. Bei der Neuverhandlung der Food Aid Convention muss also ein Mechanismus der Zusagen gefunden werden, der sicherstellt, dass gerade in Jahren schlechter Ernten und hoher Preise die Nahrungsmittelhilfe nicht ausgeht. Bislang bleibt es auch folgenlos, wenn ein Land den Lieferverpflichtungen der FAC einmal nicht nachkommt.

Neuer institutioneller Rahmen gesucht

Zur Debatte steht auch der institutionelle Rahmen der zukünftigen Nahrungsmittelhilfekonvention. Es gilt eine Lösung dafür zu finden, dass verschiedene relevante Gruppen an der bisherigen Nahrungsmittelhilfekonvention nicht beteiligt sind. So fehlen die neuen Geberländer, das heißt die Länder, die erst in den letzten Jahren selbst Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung stellen wie beispielsweise Brasilien. Nicht beteiligt sind ebenso die Empfängerländer und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Selbst die relevanten internationalen Organisationen – wie das Welternährungsprogramm – können nur auf Einladung an den Sitzungen teilnehmen. Nichtregierungsorganisationen fordern vor diesem Hintergrund, die Nahrungsmittelhilfe im Rahmen einer umfassenden Ernährungssicherungsarchitektur bei den Vereinten Nationen organisatorisch neu aufzustellen. Grundlage dieser Architektur sollten die freiwilligen Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung sein, die im November 2004 bei der FAO angenommen wurden. Zwei der Leitlinien beschreiben auch Mindeststandards für den Umgang mit der Nahrungsmittelhilfe und der Not- und Katastrophenvorsorge.

Neben den bereits erwähnten traditionellen Problembereichen und Themen bei der Nahrungsmittelhilfe könnte ein Thema allerdings zukünftig an Bedeutung gewinnen: die zukünftige Verfügbarkeit von Nahrungsmittelhilfe. Die Zusagen der Geberländer, im Durchschnitt rund 5-6 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe pro Jahr zur Verfügung zu stellen, hatte in Jahrzehnten der Überschussproduktion auf den Weltgetreidemärkten scheinbar keine große Bedeutung. Drei aktuelle globale Trends für die weltweite Agrarproduktion und die Agrarmärkte werden die zukünftige Verfügbarkeit von Überschüssen und damit auch der Nahrungsmittelhilfe erheblich verändern:

1. Die wachsende Kaufkraft besonders in den asiatischen Schwellenländern (hier besonders in China und Indien) wird die Nachfrage nach verfügbaren Agrarprodukten (Getreide) erheblich steigern. Insbesondere die stark steigende Nachfrage nach Fleischprodukten macht sich bereits auf den Weltgetreidemärkten bemerkbar.
2. Parallel wächst die Bedeutung von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen für die Energieproduktion und als Benzinersatz (Ethanolproduktion). Die gesetzlich vorgeschriebene Beimischung von Ethanol zum Benzin in den USA und in einigen anderen Industrieländern werden gravierende Auswirkungen auf die Getreidemärkte und damit auf die Preise von Nahrungsmitteln haben.
3. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen von Landwirtschaft durch

den Klimawandel in vielen Regionen großflächig stark verändert und beeinflusst werden.

Angesichts der Auswirkungen dieser Trends könnte der bindenden Verpflichtung von Geberländern, Nahrungsmittelhilfe auch in Krisenzeiten beziehungsweise in Jahren mit schlechter Ernte in gesichertem Umfang zur Verfügung zu stellen, noch eine wichtige Bedeutung zukommen, um sicherzustellen, dass die Weltgemeinschaft die Mittel hat, Menschen in Not- und Katastrophensituationen angemessen zu versorgen. Dies allerdings nur dann, wenn es gelingt, die derzeitigen substantiellen Probleme des Nahrungsmittelhilfeinstrumentariums zu überwinden.

Der Autor ist Leiter der Menschenrechtsabteilung bei Brot für die Welt.

Standards in der NGO-Praxis – das Sphere Project

Das Sphere Project wurde 1997 durch eine Gruppe von Nicht-Regierungs-Organisationen aufgenommen. Sphere verbindet eine klare Verankerung in internationalem humanitärem Völkerrecht und in menschenrechtlichen Verpflichtungen mit einem hohen Anspruch auf Qualität und Verantwortlichkeit nicht-staatlicher Akteure. Das Herzstück des Sphere Projects ist ein Handbuch, das mittlerweile in mehr als 40 Sprachen übersetzt wurde. Im Kapitel zu Nahrung werden Minimalstandards und Qualitätsanforderungen definiert und mit Indikatoren fassbar gemacht. Neben Kernindikatoren zur Erfassung von Ernährungssicherheit, Mangel- und Fehlernährung enthält es auch Qualitätsstandards was Planung, Management und Logistik der durchführenden Organisationen in der Nahrungsmittelhilfe angeht. Darüber hinaus versteht sich Sphere auch als Prozess und bietet über die Webseite vielfältige Möglichkeiten zur eigenen Qualifikation, zur Weiterentwicklung der Standards und zum internationalen Austausch von Praxiserfahrungen.

Mehr dazu unter:

www.sphereproject.org

Prekäre Ernährungslage in den palästinensischen Gebieten

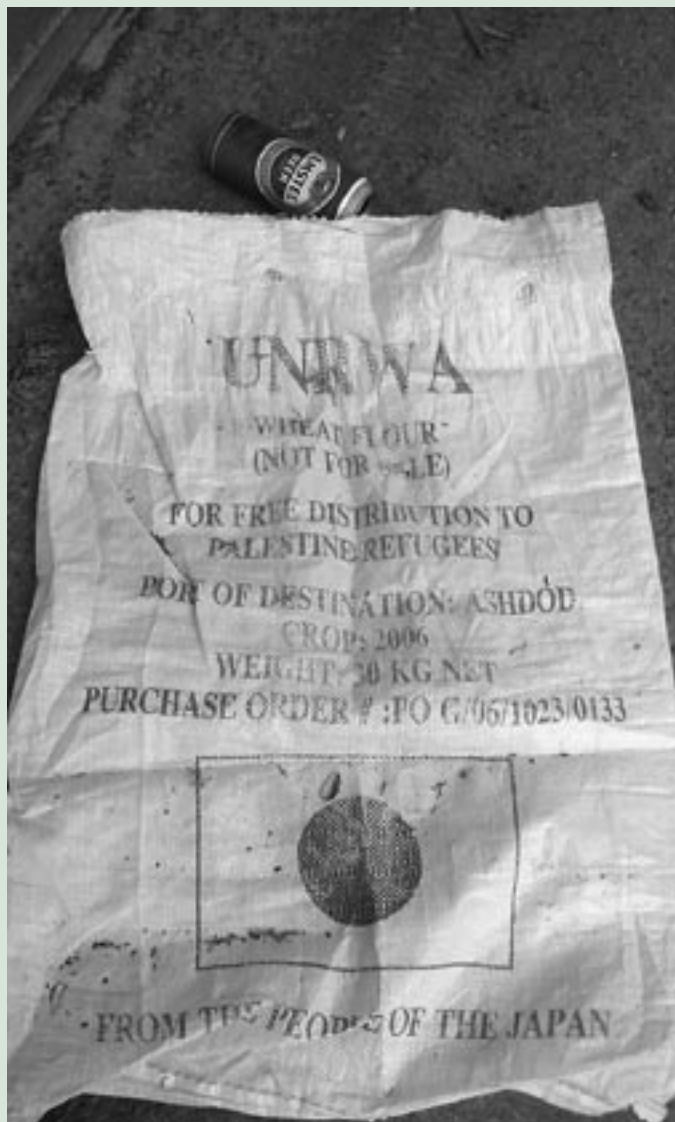


Foto: Petra Schöning

Mehr als ein Drittel aller PalästinenserInnen im Westjordanland und dem Gazastreifen befinden sich laut einem im März 2007 erschienenen Bericht des WFP (World Food Programme) und der FAO (Food and Agriculture Organization) in einer ungesicherten Ernährungslage. Weitere 12 Prozent sind in Gefahr, diesen Status zu erreichen. Am meisten davon betroffen sind die Menschen im Gazastreifen, wo 54 Prozent der Bevölkerung unter unzureichender Ernährung leiden. 60 Prozent der palästinensischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, die bei 2,1 US-Dollar pro Tag liegt.

Seit Beginn der Zweiten Intifada Ende September 2000 haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen im Westjordanland und im Gazastreifen erheblich verschlechtert. Das palästinensische Bruttoinlandsprodukt ist seitdem um 40 Prozent gesunken. Nach dem Sieg der Hamas bei den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat im Januar 2006 und der Bildung einer Hamas-geführten Regierung hat sich die Situation nochmals verschärft. Aufgrund ihrer Weigerung, den israelischen Staat ausdrücklich

anzuerkennen und eine Gewaltverzichtserklärung abzugeben, stellte die internationale Staatengemeinschaft die Zahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde ein und Israel verweigerte die Auszahlung der im Auftrag der Autonomiebehörde eingenommenen Steuern und Zölle. Dies machte die Zahlung von Gehältern der öffentlichen Bediensteten sehr schwierig, was zu monatelangen Streiks des öffentlichen Sektors und dem Zusammenbruch von Dienstleistungen führte.

Aufgrund des mangelnden Einkommens wird in den palästinensischen Haushalten weniger Geld ausgegeben – auch für Lebensmittel. Im Gazastreifen betrifft dies 84 Prozent und im Westjordanland 58 Prozent der PalästinenserInnen. Dagegen setzen sie die verschiedensten Strategien: Verringerung der Essensportionen, Reduzierung auf eine Mahlzeit pro Tag, Kauf von Nahrungsmitteln geringerer Qualität, Verzehr von weniger Obst, Gemüse und frischem Fleisch und mehr Kohlehydraten, Kreditaufnahme sowie Verkauf von Wertgegenständen und Land. Die Netzwerke aus Familie und Freunden können das Schlimmste auffangen, jedoch steigt die Zahl derer, die nichts mehr zu teilen haben.

Ein Resultat dieser Strategien ist die Zunahme chronischer Mangelernährung in den palästinensischen Gebieten. Eisenmangel (Anämie) beeinträchtigt ein Drittel der Frauen und Kinder. Mehr als 22 Prozent der Kinder zwischen ein und fünf Jahren leiden unter Vitamin A-Mangel. Hinzu kommt häufig ein Mangel an Vitamin D und Jod. Diese Mangelernährung trifft vor allem Kinder unter 14 Jahren und damit 46 Prozent der palästinensischen Bevölkerung.

Neben israelischen Militäraktionen wird die Ernährungslage vor allem durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der PalästinenserInnen massiv beeinträchtigt. 540 israelische Kontrollpunkte, physische Barrieren, der Bau der Mauerbeziehungsweise des Zauns auf palästinensischem Gebiet, Ausgangssperren und die eingeschränkte Ausstellung von Passierscheinen verschärfen die mangelnde Versorgungslage. Derart abgeriegelt wird die Herstellung und der Absatz von Produkten erschwert, manchmal komplett verhindert. Dies wiederum verstärkt die weit verbreitete Arbeitslosigkeit, die nach UN-Angaben mittlerweile bei 30 Prozent liegt.

Die Produktionskapazitäten in den besetzten Gebieten sind darüber hinaus durch begrenzten Zugang zu Wasser und durch schlechte Wasserqualität dauerhaft eingeschränkt. Nur etwa 25 Prozent der verfügbaren Wasserressourcen in den palästinensischen Gebieten sind in palästinensischer Hand. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation schlagen WFP und FAO Beschäftigungspläne, Entwicklung von Kleinstunternehmen, die Unterstützung der palästinensischen Produktion von Geflügel, Fleisch, Gemüse und Olivenöl sowie weitere Maßnahmen vor. Dauerhaft wird dies nicht zu einer verbesserten Ernährungslage führen. Auch die UN-Organisationen treffen die klare Aussage, dass grundlegende Veränderungen nur zu erwarten sind, wenn die politischen Ursachen der Ernährungsunsicherheit beseitigt werden. Insbesondere müssen hierzu die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser aufgehoben werden.

Weitere Informationen finden sich unter http://www.wfp.org/policies/Introduction/other/Documents/pdf/CJFSVA_21_Feb.pdf.

Die Autorin ist Sprecherin der amnesty international Koordinationsgruppe Israel/Besetzte Gebiete/Palästinensische Autonomiegebiete.

Der Wiederaufbau nach dem Tsunami

Die Katastrophe nach der Katastrophe?



Foto: Carolin Reintjes

Zweieinhalb Jahre nach der großen Welle ist der Wiederaufbau in vollem Gange. 230 Tausend Opfer forderte der Tsunami in elf Ländern Süd-, Südostasiens und Ostafrikas. Ganze Landstriche versanken im Meer oder wurden verwüstet. Dennoch konnte eine schnelle Not- und Übergangshilfe den Ausbruch von Pandemien und Hungersnöten verhindern. Insgesamt sagte die internationale Staatengemeinschaft 6,7 Milliarden US-Dollar an Hilfgeldern zu. Dazu regnete es Milliarden an Privatspenden. Die Liste der Erfolge ist lang, wirft jedoch ganz besonders eine Frage auf: Ist Not wirklich dort gelindert worden, wo sie am größten war?

Wo kein Regen fällt

Gefährdete Gruppen (vulnerable groups) sind die klaren Tsunami-Verlierer. Seezigeuner und Arbeitsmigranten in Thailand, die vormals Unberührbaren (Dalits) in Indien, Landarbeiter und Landlose in allen betroffenen Ländern sowie ethnische Minderheiten haben oft keine Ansprüche auf Kompensation oder können diese nur ungenügend geltend machen. Wer arm war, muss arm bleiben. So ergaben Untersuchungen, dass alleinstehende Mütter tendenziell nicht als Familienoberhäupter anerkannt werden und somit einen schlechteren Zugang zu Ausgleichsleistungen haben. Leider sind Verletzung und Missachtung von Menschenrechten unter den Augen der internationalen Gemeinschaft an der Tagesordnung. Besonders im Bereich der Landrechte wurde die Katastrophe in vielen Fällen zur Strukturanpassung missbraucht. In Sri Lanka mussten wegen vorgegeblicher Sicherheitsrisiken traditionelle Fischerdörfer Touristenhochburgen weichen. In Aceh sind bis heute von 160.000

vermessen Landtiteln erst 23.000 an ihre Besitzer übergeben worden. Dies, obwohl spätestens seit der Welternährungskonferenz 1996 der Zugang zu Land als eine Grundvoraussetzung für Ernährungssicherung gilt.

Häuser, Häuser, nochmals Häuser

Ein Dach über dem Kopf ist Menschenrecht. Zugleich eignet sich Häuserbau, der schätzungsweise ein Drittel der Wiederaufbaumittel beansprucht, auch hervorragend, um schnell große Summen ‚vorzeigbar‘ abfließen zu lassen. Dies führte zu dem Phänomen, dass insgesamt mehr Häuser zugesagt sind als tatsächlich benötigt werden. Der Wiederaufbau ist wahrscheinlich das größte Häuserbauprojekt, dessen die Welt je Zeuge wurde. Für weit über Hunderttausend Menschen ist es ihre größte Geduldssprobe: Allein im südindischen Tamil Nadu und der indonesischen Provinz Aceh leben nach wie vor jeweils 50.000 Menschen ohne gesichertes Einkommen in Notunterkünften. Ende 2006 waren erst 57.000 der 127.000 in Aceh benötigten Häuser fertig gestellt. Laut Weltbank und Asiatischer Entwicklungsbank

standen bis zum Jahresanfang in Indien nur 28 Prozent der geplanten Neubauten. Menschenrechtsorganisationen beklagen die unzureichende Einbindung von Katastrophenopfern in die Planungsprozesse. Die Häuslebauer der sogenannten Tsunamiländer sind große Bauunternehmen, die ihre wesentlich günstigeren Arbeitskräfte aus anderen Regionen importieren. Lohnarbeit lohnt da nicht.

Taschengeld?

J. C. Weliamuna, der Direktor von Transparency International in Sri Lanka äußerte, dass nur Gott wisse, wo das gespendete Geld letztlich geblieben sei. Grundsätzlich beklagen Korruptionswächter unzureichende buchhalterische Transparenz angesichts der enormen Summen, mit denen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen innerhalb kürzester Zeit jonglieren. Bezeichnend ist, dass nur sechs der 70 großen Organisationen, welche in Sri Lanka am Wiederaufbau beteiligt sind, sich von Transparency International in die Karten schauen ließen. Die Wiederaufbaubehörde Indonesiens verfügt zwar über eine eigene Antikorruptionsabteilung. Die NRO Indonesian Corruption Watch geht dennoch davon aus, dass bisher 40 Prozent der Wiederaufbaugelder unterschlagen wurden.

Die wichtigste Botschaft zweieinhalb Jahre nach dem Tsunami muss neben allem Geleisteten lauten, dass die Katastrophe für viele zehntausende Menschen allein materiell bis heute andauert. Aus zu wenig Zeit und (zu)viel Geld entsteht das Phänomen des Mittelabflusses, das wie ein Damoklesschwert über der enormen Herausforderung ‚Tsunami-Wiederaufbau‘ schwebt.

Der Autor arbeitete in einem Projekt für wirtschaftlichen Wiederaufbau in der indonesischen Provinz Aceh.

Umstrittene Nahrungsmittelhilfe

Letztes Jahr gab es große Aufregung um italienische Tiefkühlhühner, die wegen der Vogelgripphysterie in Europa keinen Absatz fanden und deswegen als Nahrungsmittelhilfe nach Afrika geschickt werden sollten. Es ist erwiesen, dass Food Aid, wie die Hilfe im internationalen Jargon heißt, oft weniger den Bedürfnissen des Empfängerlandes, als jenen des Geberlandes entspricht. Entweder entsprechen die Lebensmittel nicht den örtlichen Ernährungsgewohnheiten, oder das plötzliche Überangebot zerstört den heimischen Markt.

Notorisch ist die Politik der USA, aber auch die EU bleibt hinter ihrem Anspruch zurück. Auch aus Österreich gibt es in der Vergangenheit Beispiele derartiger fehlgeleiteter ‚Hilfe‘. Die Kritik daran ist auch bei den Verantwortlichen im Außenministerium (das von der seit Januar amtierenden Koalitionsregierung in Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten – BMeia – umgetauft wurde) angekommen und wird ernst genommen.

Die zuständige Sektion hat daher ein Orientierungspapier entworfen, das die Regeln und Grundsätze für die Leistung von Nahrungsmittelhilfe vorerst für den internen Gebrauch definiert. Es ist anzunehmen, dass daraus verbindliche Leitlinien werden sollen. FIAN-Österreich und die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ), in der die wichtigsten einschlägigen NRO zusammengeschlossen sind, wurden dazu im vergangenen März um Stellungnahmen und Ergänzungen gebeten. Das beweist, dass FIAN nicht nur als Lobbyorganisation, sondern auch als Expertenpool in Sachen Nahrung anerkannt ist und als Berater geschätzt wird.

In ihren Stellungnahmen ergänzen FIAN und AGEZ einander, in vielen Punkten haken sie mit ähnlichen Kritiken ein. Etwa im Bereich der Biotreibstoffe, die in der Einleitung des acht Seiten starken Orientierungspapiers als Ursache für zusätzliche Nachfrage nach Lebensmitteln angesprochen werden. Eine tiefer schürfende Befassung fehlt aber. FIAN wünscht sich da etwas mehr Problembewusstsein und will die Beobachtung der derzeit noch schwer einschätzbaren Folgen verankert sehen. Die AGEZ

weist ausdrücklich darauf hin, dass die Forcierung der Biospritproduktion nur durch den Zukauf von Rohstoffen aus dem Süden denkbar ist und schwere soziale (zum Beispiel Hungerlöhne) sowie ökologische (zum Beispiel Abholzung des Regenwaldes) Auswirkungen nach sich ziehen kann.

Den Abschnitt über Ernährungssouveränität und Recht auf Nahrung, wo auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft und ökologisch wie sozial verträgliche Produktion Bezug genommen wird, will FIAN durch einen Zusatz ergänzt sehen: „Den Zugang zu produktiven Ressourcen und Mitteln für Arme sicherzustellen und zu gewährleisten, stellen unabdingbare Voraussetzungen dafür dar“. Die AGEZ vermerkt positiv, dass das Grundrecht auf Nahrung anerkannt wird.

Begrüßt wird von der AGEZ auch das gestiegene Problembewusstsein im Ministerium, was die Nahrungsmittelhilfe betrifft. Das problematische Vorgehen einiger Geber sei „der Hauptgrund für das Entstehen von Abhängigkeiten und den nicht vorhandenen Links zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklung“.

Das Orientierungspapier nimmt immer wieder auf das Recht auf Nahrung Bezug und verlangt dessen weltweite Durchsetzung. Die AGEZ reklamiert aber mehr Einbindung der betroffenen Menschen: „Partizipation von Betroffenen ist ein Menschenrecht und muss auch in Nothilfesituationen angemessen berücksichtigt werden“.

FIAN verweist wiederholt auf die Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung. Die AGEZ empfiehlt die Einbeziehung des Landwirtschaftsministeriums in den Diskussionsprozess. Denn nur wenn die einzelnen Ministerien ihre Politik abstimmen, kann die ausdrücklich angestrebte entwicklungspolitische Kohärenz hergestellt werden.

Der Autor ist Vorstandsmitglied von FIAN-Österreich

Neues aus der österreichischen Sektion

Am 30. März wurde ein neuer Vorstand für eine zweijährige Funktionsperiode gewählt. Lisa Sterzinger und Norman Tendis schieden auf eigenen Wunsch aus, Veronika Mayr macht Babypause.

Obfrau:

Nicole Lieger

Stellvertreter:

Ralf Leonhard

Schriftführer:

Stefan Hartleben

Stellvertreterin:

Katharina Wuppinger

Kassier:

Herwig Adam

Stellvertreter:

Stefan Dachauer

Mitglied ohne Ressort:

Elisabeth Költringer

INKOTA-Brief Die Nord-Süd-Zeitschrift aus Berlin

Der neue Rohstoffboom: Krisen und Konflikte

Nummer 140 – Juni 2007, 48 Seiten, 3,50 Euro

- Wie der steigende Ressourcenverbrauch Ökonomie und Politik global verändert
- Die UNO und das Problem der Konfliktressourcen
- Blutdiamanten und Kriegswirtschaft in Liberia und Sierra Leone
- Der Fluch des Öls: Gewaltkonflikte, Korruption und Misswirtschaft
- Wie die Energiepolitik der Weltbank Konflikte schürt
- Die Potenziale erneuerbarer Energien für Konfliktvermeidung und Klimaschutz

Es schreiben u.a. Dominic Johnson, Kai Ehlers, Sofia Goinhas, Gavin Hayman, Silas Siakor, Verena Kantel, Wolf-Christian Paes, Jürgen Wagner, Daniela Setton, Carole Romero, Werner Paccian und Frank Kürschner-Pelkmann

Bestellung: INKOTA-netzwerk e.V. • inkota-brief@inkota.de • Tel: 030 - 42 89 111

Anzeige



Bananen, Paras und Multis



Foto: Jochen Schüller

Wirtschaftliche Interessen – das fruchtbare Land, die Bodenschätze und ein Kanalbau-Projekt – waren der Grund für die Vertreibung vieler Tausend Menschen aus dem Chocó im Nordwesten Kolumbiens – damals, Anfang 1997 in der Militär-Operation Genesis. Zuerst wurden die Dörfer und Weiler am Cacarica-Fluss bombardiert. Dann kamen Armee und paramilitärische Todesschwadronen. Sie plünderten und mordeten wahllos. Im angeblichen Kampf gegen die Guerilla wurden Tausende Bauernfamilien gewaltsam vertrieben.

Menschenrechtsorganisationen machen den General Rito Alejo del Río für viele Menschenrechtsverletzungen und Massaker verantwortlich. Unter seinem Kommando hatte die 17. Armee-Brigade gemeinsam mit den Paramilitärs die Menschen am Cacarica-Fluss und andere Gemeinschaften vertrieben. „Über 200 Morde haben wir aus jener Zeit in der Region dokumentiert, 86 allein aus Cacarica“, bestätigt Carolina Pardo von der Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz.

Doch für keines dieser Verbrechen ist bisher jemand verurteilt worden. Der damalige Generalstaatsanwalt Osorio stellte im Jahr 2004 alle Ermittlungen gegen Rito Alejo ein. Im vergangenen Frühjahr kandidierte der berüchtigte General bei den Parlamentswahlen für eine dem Präsidenten Uribe nahestehende Partei.

Die Vertriebenen vom Cacarica-Fluss ergaben sich jedoch nicht ihrem Schicksal sondern organisierten sich. Mit der Beratung von Justicia y Paz und internationaler Unterstützung erreichten sie 1999 ein Abkommen mit der Regierung Samper, das ihre Rückmeldung garantieren soll. Im Jahr 2000 begannen sie mit der Rückkehr auf ihr Land. Ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ist ihr Ziel. Ihr oberstes Prinzip ist die Neutralität im bewaffneten Konflikt. Daher sind ihre beiden Dörfer als humanitäre Zonen gekennzeichnet. Ihre Rückkehr an den Cacarica ist ein Symbol der Hoffnung für ganz Kolumbien.

Doch die Anfeindungen gegen die Friedensgemeinschaft gehen weiter. 103.024 Hektar Land gehören der Gemeinschaft. Der kollektive Besitz kann nicht verkauft werden – so ist die gesetzliche Regel, die das gemeinschaftliche Land schützen soll. Doch schon seit der Vertreibung existiert eine paramilitärische Basis auf dem Gebiet der Gemeinschaft. Die Armee unternimmt nichts gegen das Lager. Seit fünf Jahren werden dort von der Firma Multifruits auf einer Fläche von 20.000 Hektar Baby-Bananen angebaut. Multifruits hat einen Abnahmevertrag mit dem Bananen-Konzern Del Monte. Die Bananenplantagen werden von Paramilitärs beschützt.

„Zur Geschäftsleitung von Multifruits gehört der Bruder des in der Region marodierenden

Paramilitär-Chefs ‚El Aleman‘; außerdem ein Verwandter des verstorbenen Paramilitär-Chefs Elmar Cardenas. Ebenfalls dazu gehört der Neffe des Direktors der staatlichen Behörde für die Vergabe von Landtiteln (INCODER). Der Direktor von INCODER wird direkt vom Präsidenten eingesetzt,“ erklärt Carolina Pardo. Die Franziskaner-Schwester berät und begleitet die Menschen der afro-kolumbianischen Friedensgemeinschaft CAVIDA.

Der Ort der Bananen-Plantage ist besonders schmerzhaft. „Dort sind Massengräber unserer Verschwundenen und Ermordeten“, beklagt Ana del Carmen, Sprecherin von CAVIDA. „Wir können unseren Toten kein menschliches Begräbnis machen. Sie bearbeiten den Boden mit schwerem Gerät und vernichten dadurch die Ruhestätten. So beseitigen sie auch die Spuren ihrer eigenen Verbrechen.“

Ein paar Kilometer weiter den Atrato-Fluss nach Süden ist die Situation ähnlich. Dort sind auf 25.000 Hektar des Landes der Gemeinschaft von Curvaradó illegal Palm-Öl-Plantagen angelegt worden. Hier bewachen Militär und Paramilitärs kilometerweite Palma-Africana-Pflanzungen. Der Urwald, die Weiler und Felder sind dem Erdboden gleichgemacht worden.

Einem geplanten Gesetz der Uribe-Regierung zufolge soll Land, das über 10 Jahre nicht von seinen Besitzern bebaut und bewohnt worden ist, auch in andere Hände übergehen können. Hier könnte der Landraub ‚per Landreform‘ legalisiert werden – denn bisher konnten die meisten Vertriebenen wegen der anhaltenden Präsenz der Paramilitärs nicht auf ihr Land zurück.

Gegenüber dem *Guardian* hat Präsident Uribe Vélez verkündet, dieses Jahr die Palmöl-Produktion auf 400.000 Hektar zu erhöhen (2003: 170.000 Hektar), geplant sind sogar mehrere Millionen Hektar für die Exportproduktion von Palmöl als Biodiesel. Die Arbeit in solchen ‚Musterprojekten‘ – oft auch Öko-Farmen genannt – soll für die demobilisierten und verurteilten Paramilitärs zudem als ‚Alternativ-Strafe‘ zum Gefängnis gelten. Eine runde Sache – für die Paramilitärs und ihre Freunde versteht sich!

Der Autor ist freier Journalist in Köln.

Inflation des Maispreises und Wirtschaftsliberalisierung in Mexiko

Mexiko ist ein reiches Land, das Erdöl und vielfältige Agrarprodukte besitzt – ein dynamisches ‚advanced middle income‘ Schwellenland. Seit dem das NAFTA-Abkommen (North American Free Trade Agreement) in Kraft getreten ist, hat Mexiko sich ‚erfolgreich‘ in der internationalen Wirtschaft integriert. Alle wichtigen Indikatoren für makroökonomisches Wachstum steigen. Der Handel und die Industrie- und Dienstleistungsbranchen boomen. Ausländischen Investitionen fließen ins Land und immer mehr Fabriken werden gebaut (bzw. Maquiladoras, die niedrige Sozial- und Umweltstandards ausnutzen). Trotzdem lebten in 2005 nach den Kriterien der Weltbank (2 US-Dollar/Tag) 45 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Fünf Prozent sind laut FAO unterernährt.

Mais ist das traditionelle Grundnahrungsmittel Mexikos. Im Durchschnitt verbraucht jede/r MexikanerIn täglich ungefähr 350 Gramm Tortilla, und da die Tortilla das billigste Nahrungsmittel ist, decken die Ärmsten damit über die Hälfte ihres täglichen Bedarfs an Kalorien und Eiweiß ab. Um den mexikanischen Mais im Vergleich zu dem hoch subventionierten und genetisch modifizierten amerikanischen Mais halbwegs konkurrenzfähig zu halten, sind die mexikanischen Maispreise zwischen 1994 und 2000 um bis zu 50 Prozent gefallen. Obwohl der Mais generell billiger produziert oder importiert wird, steigt der Tortillapreis in jüngster Zeit kontinuierlich und teilweise dramatisch an, zuletzt zwischen Oktober 2006 und Januar 2007 von 6 auf bis zu 30 Pesos/kg (von 0,40 Cent auf bis zu 2 Euro). Der Mindestlohn – und selbst zu dem haben 20 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang – liegt im Vergleich bei 50 Pesos/Tag (3,40 Euro).

Am 26. Januar diesen Jahres verkündete die mexikanische Nationale Union autonomer regionaler Bauernorganisationen (UNORCA) die Chilpancingo Erklärung zur Nahrungssouveränität. Die starke Inflation der Maispreise wurde angeprangert und der mexikanische Staat als Hauptakteur der radikalen Wirtschaftsliberalisierung angeklagt. Die Liste der Kritik ist lang und weist auf beunruhigende Entwicklungen hin: Die staatliche Regulierung des Maissektors sei fehlerhaft. Beispielsweise seien die öffentlichen Produktions- und Konsumsubventionen, die den Preis wichtiger Lebensmittel stabilisierten, im Rahmen des NAFTA stark gekürzt worden. Der mexikanische Staat hätte sich zudem



Foto: Carolin Reintjes

geweigert, Steuern von den USA zu kassieren, welche das NAFTA für Importe über die verhandelten Quota erlaubt (2 Milliarden US-Dollar hätten so in die staatlichen Kassen fließen müssen, um zum Beispiel den nationalen Maisanbau zu fördern). Die Lagerung und Verteilung von Mais ist mittlerweile in den Händen weniger Firmen, die durch Preisspekulationen Grundnahrungsmittel künstlich verteuern. Die Regierung hat diese Entwicklung vorangetrieben, indem sie die Preiserhöhung gefördert und durch das konventionelle Liberalisierungscredo legitimiert hätte. Vor dem Hintergrund der so geschaffenen Abhängigkeit von Maisimporten steigen nun die Preise von Importmais stark an, weil der Mais in den USA zunehmend in erneuerbare Energie beziehungsweise Ethanol umwandelt wird. Bei den hohen Energiepreisen rechnet sich der Export kaum noch.

UNORCA rief zu einer Bürgerdemonstration auf, die am 31. Januar 2007 in Mexikostadt 100.000 Menschen mobilisierte. Die starke soziale Mobilisierung hat eine kritische Debatte ausgelöst. Mexiko lässt die eigene Maiswirtschaft verfallen und verliert damit mehr und mehr die Fähigkeit, seine Bevölkerung unabhängig zu ernähren. Dörfer leeren sich, weil die Eigenbedarfswirtschaft ruiniert wird und immer mehr junge Menschen versuchen, in die USA auszuwandern. Die Ärmsten haben zunehmend Schwierigkeiten, sich zu

ernähren. Der mexikanische Mais wird von genetischen modifizierten Organismen kontaminiert. Ist das der Preis der ökonomischen Integration? Seit Januar versucht die Regierung, den Tortillapreis durch massive Importe bei 8,5 Pesos/kg zu stabilisieren: eine Notfallmaßnahme, aber keine Lösung, wie die jüngsten Tortillapreiserhöhungen zeigen. Könnte NAFTA nochmals verhandelt werden? Könnte der Maisanbau mit NAFTA Sonderregelung für Agrarprodukte geschützt werden? Die Zeit ist knapp um wirksame Lösungen zu finden. Ab 2008 wird der Handel mit den zwei wichtigsten Grundnahrungsmitteln Mexikos – Mais und Bohnen – gänzlich liberalisiert ... zu Gunsten der USA.

A. Cristina de la Vega-Leinert ist an der Alice-Salomon-Fachhochschule, Berlin tätig, Kontakt: ac.delavega@gmail.com. Sofia Monsalve arbeitet bei FIAN-International.

Land ist die Lösung

Kampf philippinischer Bauern und Bäuerinnen um ihr Land



Foto: Carolin Reintjes

Eine rund 3.000 Mitglieder starke Bauernorganisation kämpft auf der philippinischen Halbinsel Bondoc seit Jahren für das ihnen gesetzlich zustehende Land. Gegen die Widerstände der Großgrundbesitzer, den mangelnden politischen Willen der Regierung, ihre eigenen Gesetze umzusetzen, und gegen die Ideologie maoistischer Rebellen versuchen die Bauern und Bäuerinnen gewaltlos ihr Recht durchzusetzen. Der Preis, den sie dafür zahlen, ist hoch: Drohungen, Schikanismen, Inhaftierungen, sogar Mord.

Seit Oktober 2006 stehen den Mitgliedern der lokalen Bauernorganisation KMBP (Kilusang Magbubukid ng Bondoc Peninsula) MenschenrechtsbeobachterInnen des International Peace Observers Network (IPON) zur Seite. Deren Präsenz soll alle Akteure in der Region vor Übergriffen gegen die Bauern und Bäuerinnen abschrecken. Kommt es dennoch zu Menschenrechtsverletzungen, werden sie von IPON dokumentiert und

an die Öffentlichkeit gebracht. Auf diese Weise wird Raum für die Bauern und Bäuerinnen geschaffen, sich gewaltlos für eine friedliche Lösung ihres Konfliktes einzusetzen.

Hacienda Law

„Ihr Konflikt“, das ist der Kampf der Bauern und Bäuerinnen um drei Hektar Land. Land, das jedem von ihnen laut philippinischem Agrarreformgesetz zusteht. Doch die Umverteilung des Landes kommt nicht voran. Warum? Die Gründe sind vielfältig. Einem Vertreter des Agrarreformministeriums zufolge liegen sie in Bondoc in erster Linie bei den „drei großen Kopfschmerzen“. Gemeint sind die drei mächtigsten Großgrundbesitzer der Halbinsel, Reyes, Uy und Matias, die zusammen zwischen 20.000 und 25.000 Hektar Land ihr Eigen nennen. Bewirtschaften lassen sie ihr Land von PächterInnen, die bis zu 70 Prozent der Ernteerträge abgeben müssen. Kosten wie Saatgut, Arbeitsgeräte oder Ernteauffälle tragen die Bauern und Bäuerinnen dabei selbst. Menschenrechte sind in diesem ‚sharing system‘, das feudal, ausbeuterisch und nach philippinischem Recht sogar illegal ist, de facto außer Kraft gesetzt. Die Landlords kümmern das wenig. Denn der Einfluss ihres Geldes sichert ihnen mitunter die Mithilfe, auf jeden Fall aber das Nicht-Eingreifen und Stillschweigen lokaler Polizisten, Soldaten und Richter.

Seit sich die Bauern und Bäuerinnen organisieren, Anträge auf Landumverteilung stellen und das Abgabesystem boykottieren, spitzt sich die Lage zu. Von Seiten der Großgrundbesitzer wird gedroht, schikaniert, im schlimmsten Fall gemordet. Die AntragstellerInnen werden mit dubiosen Klagen überhäuft, ihr Kampf um Land wird kriminalisiert. Die Vehemenz, mit der sich die Großgrundbesitzer gegen eine Umverteilung wehren, hat ihren Grund: Denn hier geht es nicht um den Verlust einiger Hektar Land, sondern um den Erhalt eines Systems. Dieses System hat einen Namen: Hacienda Law – das Gesetz der Landbesitzer.

„Wie die Wahl zwischen Pepsi und Coca-Cola“

Am 14. Mai 2007 wurde auf den Philippinen gewählt. Ob die spannende Frage, wer gewonnen hat, allerdings wirklich so spannend ist, wagen viele AntragstellerInnen zu bezweifeln. Denn die Landfrage hängt nach Meinung vieler nicht wesentlich mit dem Ausgang der Wahlen zusammen. Einer der Anführer der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) bezeichnete die Wahl zwischen regierenden und oppositionellen Politikern auf den Philippinen einmal als „die Wahl zwischen Pepsi und Coca-Cola“ und liegt damit wohl richtig.

Dennoch kann dies nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass kommunistische Visionen wie die von der New People's Army (NPA) propagierte revolutionäre Landreform die Bauern und Bäuerinnen inzwischen auch nicht mehr überzeugen. Die Losung der Bauern und Bäuerinnen heißt ganz simpel „Land ist die Lösung“. Dass dies kein leerer Spruch ist, daran glauben längst nicht mehr nur die Bauern und Bäuerinnen selbst. Auch Regierungs- und sogar Militärvertreter sehen in der Landumverteilung mittlerweile einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Doch solange der politische Wille, eine gerechte Umverteilung mit Nachdruck voranzutreiben, fehlt, wird die NPA auch weiterhin aus den Reihen frustrierter Bauern und Bäuerinnen rekrutieren können. Eine Lösung der Konflikte rückt so in weite Ferne.

Mehr zum International Peace Observer Network (IPON) gibt es unter www.ipon-philippines.org.

Der Autor war im Auftrag von IPON als Menschenrechtsbeobachter auf Bondoc.

Weltweite Proteste für die Umsetzung von Agrarreformen – auch in Berlin



Am 17. April, dem internationalen Tag der Landlosen, gab es weltweite Proteste mit der Forderung an die Regierenden, umfassende Agrarreformen umzusetzen und die Rechte von Bauern und Bäuerinnen zu respektieren. Auch in Berlin wurde demonstriert, FIAN war Mitorganisator der Veranstaltung.

Vor 11 Jahren wurden in Brasilien 19 Bauern, die ihr Recht auf ein Stück Land einforderten, von Paramilitärs ermordet. 69 weitere wurden teilweise schwer verletzt. Dieser 17. April und der Gewaltakt gegen die Landlosen wird seitdem zum Anlass genommen, auf die prekäre Situation von Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlosen und LandarbeiterInnen aufmerksam zu machen. Besonders über das Netzwerk La Via Campesina artikulieren sich die Betroffenen. Dieses Jahr fanden in 20 Ländern rund um den Globus Aktionen und Proteste statt, von Argentinien bis Indonesien und Kamerun bis in die Schweiz.

Weltweit...

Etwa 80 Prozent der hungernden Menschen weltweit leben in ländlichen Gebieten, also genau dort, wo Nahrung angebaut wird. Ein Grund hierfür ist, dass die Mehrzahl der Menschen keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Land haben: Eine Folge kolonialer Landbesitzstrukturen, die heute durch Verdrängungsprozesse im Zuge der Globalisierung der Landwirtschaft zementiert oder verstärkt werden. Im Rahmen ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen sind die Regierungen der Entwicklungsländer direkt, aber auch die Industrienationen durch internationale Zusammenarbeit verpflichtet, Agrarreformen umzusetzen und dem Recht auf angemessene Ernährung Rechnung zu tragen. Dies sind auch die zentralen Forderungen der weltweiten Proteste. Neben den Forderungen nach umfassenden Agrarreformen wurde vor allem in Europa der G8-Gipfel zum Thema gemacht. Besonders die Bevorzugung transnationaler Konzerne gegenüber lokalen kleinbäuerlichen Gemeinden im Handels- und Agrarbereich wurde kritisiert. In Lateinamerika hingegen standen dieses Jahr die Agrarreformen im Zentrum der Aktivitäten. In Brasilien beispielsweise wurden in vierzehn verschiedenen Bundesstaaten Aktionen durchgeführt, die den Präsidenten Lula aufforderten, die Agrarreform endlich ernsthaft umzusetzen.

Um diesen Forderungen Nachhalt und Kontinuität zu geben, haben FIAN und La Via Campesina 1999 die globale Agrarreformkampagne „Brot, Land und Freiheit“ ins Leben gerufen: Durch internationalen Austausch soll die Vernetzung zwischen den Landlosen- und Bauernorganisationen gefördert werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit, Protestbriefe, internationale Untersuchungsmissionen und gezielte Lobbyarbeit wird gleichzeitig der Druck auf die verantwortlichen Regierungen erhöht, damit sie ihre menschenrechtliche Verpflichtung zur Durchführung von Agrarreformen ernst nehmen.

...und auch hier

Zusammen mit dem Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der AG Kleinstlandwirtschaft organisierte FIAN einen Protestmarsch in Berlin. Der nach dem Vorbild der Landlosenbewegungen des Südens genannte Marsch der Landlosen führte vorbei am Landwirtschaftsministerium sowie dem Entwicklungsministerium. Vor den Ministerien wurde in Reden an die Verantwortlichen appelliert, ihre Politik zu Gunsten der Armen und Hungernden auszurichten. Im Gespräch mit dem Pressesprecher des BMZ wurde zudem die konkrete Forderung von FIAN nach einem verstärkten Engagement für umverteilende Agrarreformen betont und Kritik an der aktuellen Ausrichtung geäußert. Der allgemeine Trend im BMZ, die Aktivitäten im Bereich Ländliche Entwicklung zurückzufahren, muss gestoppt werden und Agrarreformen muss ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt werden. Zudem müssen die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen anerkannt und besser geschützt werden. Der Marsch endete mit einer Informationsveranstaltung auf dem Potsdamer Platz. Dort wurde das Konzept der Ernährungssouveränität und auch La Via Campesina auf Infotafeln vorgestellt und diskutiert. Die Bepflanzung alter Autoreifen mit Saatkartoffeln irritierte viele Passanten, symbolisierte aber bildhaft, dass Landwirtschaft auch in kleinsten Dimensionen möglich ist. Am Abend lud die Berliner FIAN-Gruppe noch zu einer Filmvorführung ein. Gezeigt wurde der Dokumentarfilm *Pieces of Paradise* über den harten und langwierigen Kampf um Land in Brasilien. Mit der angereisten Regisseurin wurde noch bis spät in den Abend diskutiert.

Der Autor ist Agrarreferent bei FIAN-Deutschland.

FIAN Face It – Act Now!

Hunger hat viele Gesichter – das Recht auf Nahrung mehr als 6 Milliarden



Foto: Carolin Reintjes

Am 16. Oktober – zum Welternährungstag – geht die neue europäische Kampagne Face It – Act Now an den Start. FIAN-Sektionen und Partner aus Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, der Schweiz und Ungarn sowie FIAN-International ziehen dabei an einem Strang und verfolgen gemeinsame Ziele: das Recht auf Nahrung muss in der breiten Bevölkerung bekannter und die Fallarbeit FIANS stärker, intensiver und noch erfolgreicher werden.

Face It – Act Now: Sieh der Realität ins Auge, stelle Dich ihr, trotze und handle jetzt, denn wenn Du es nicht tust, niemand wird es für Dich tun. Von diesem Motto wird die Kampagne getragen. Zum diesjährigen Welternährungstag kommt sie gerade zur rechten Zeit, denn der ist offiziell von Seiten der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO dem Recht auf Nahrung gewidmet. Zeit, ernst zu machen mit dem Menschenrechtsansatz in der Hungerbekämpfung.

Herzstück der Kampagne wird die mehrsprachige Webseite sein. Dort werden aktuelle Fälle von Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung dokumentiert, begleitet und natürlich auch Eilaktionen veröffentlicht. Mitmachen kann aber jede und jeder auch durch die Unterzeichnung des Kampagnenaufrufs. Und dabei gilt es nicht nur zu unterschreiben, sondern auch Gesicht zu zeigen. Sie können Ihr Foto hochladen und damit Teil einer stetig wachsenden Galerie von UnterstützerInnen für das Recht auf Nahrung werden. Denn Hunger hat viele Gesichter – das Recht auf Nahrung über 6 Milliarden. Gesicht zeigen – das will die Kampagne auch im Rahmen einer neuen Ausstellung wörtlich nehmen. Sie ist vor allem den Menschen gewidmet, deren Recht auf Nahrung verletzt wird und denen, die sich als Menschenrechtsverteidiger in Ländern des Südens einsetzen. Manche davon riskieren ihr Leben für eine Welt frei von Hunger und Diskriminierung. Sie verdienen es, von uns nicht als Statistik, sondern als Menschen mit Gesichtern und Lebenswegen voller Kraft wahrgenommen zu werden.

Ende 2008 geht die Kampagne in die Halbzeit und nimmt dabei den 60sten Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Anlass, um eine Zwischenbilanz der Foto- und Unterschriftensammlung zu ziehen. Die wird im Rahmen der Feierlichkeiten dem Europäischen Parlament präsentiert, um auch politisch an Boden zu gewinnen. 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das ist auch Anlass genug, die Unteilbarkeit der

Menschenrechte in den Vordergrund zu rücken und damit eine klare Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einzufordern. Seien auch Sie dabei. Verlieren Sie nicht ihr Gesicht, leihen Sie es dem Recht auf Nahrung. Wir sehen uns ab dem 16. Oktober unter www.face-it-act-now.org.

Die Autorin ist Geschäftsführerin von FIAN-Deutschland.

Der politische Aufruf der Kampagne

Wir rufen Regierungen weltweit dazu auf, Menschenrechten Vorrang zu geben vor wirtschaftlichen Interessen, die einigen wenigen und nicht dem Allgemeinwohl dienen. Regierungshandeln und Politik müssen das Menschenrecht auf Nahrung fördern und dürfen es nicht verletzen. Wir fordern von den Regierungen Europas und der Europäischen Union eine führende Rolle in der weltweiten Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung einzunehmen.

Wir fordern, dass

- die Umsetzung des Rechts auf Nahrung vorrangiges Ziel der Landwirtschaftspolitik, der Entwicklungszusammenarbeit und des Verbraucherschutzes wird;
- Handels- und Investitionsabkommen das Recht auf Nahrung in anderen Staaten nicht untergraben;
- das Recht auf Nahrung konsequent in der Politik der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und ihrer Mitgliedsstaaten umgesetzt wird;
- internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfond sowie die Privatwirtschaft im Rahmen des internationalen Menschenrechtssystems zur Verantwortung gezogen werden können;
- ein wirkungsvolles Beschwerdeverfahren zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte geschaffen wird. Das Beschwerdeverfahren muss die Position derer stärken, deren Recht auf Nahrung verletzt wird;
- Menschenrechtsverteidiger weltweit aktiv geschützt werden und ihre Arbeit gefördert wird. Menschen riskieren ihr Leben im Einsatz für das Recht auf Nahrung – sie haben einen Anspruch auf Schutz.

Menschenrechtsmissbrauch auf ugandischen Blumenfarmen



Vom 7. Mai bis zum 1. Juni informierten Flavia Amoding, Referentin der ugandischen Nichtregierungsorganisation Uganda Workers' Education Association (UWEA) und Steven Barasa, Generalsekretär der neu gegründeten ugandischen Gewerkschaft der BlumenarbeiterInnen UHAWU auf Einladung von FIAN-Deutschland bei Veranstaltungen in Deutschland und Österreich über Arbeitsrechtsverletzungen und gewerkschaftliche Organisation auf Blumenfarmen in Uganda. UWEA verfasste 2004 im Auftrag von FIAN die erste Studie über Arbeitsbedingungen im ugandischen Blumensektor. Mehr als 15 Organisationen, Verbände und Vereine gaben ihnen in diesen drei Wochen die Möglichkeit, über ihre Angelegenheiten zu berichten und brachten ihnen zugleich durch ein vielfältiges Programm die deutsche Lebensart näher.

Der ugandische Blumensektor

Im Jahr 1993 begann die kommerzielle Schnittblumenindustrie in Uganda aufgrund günstiger klimatischer Bedingungen und gehört inzwischen zu den am schnellsten wachsenden Industriezweigen des ostafrikanischen Landes. Heute sind etwa 7.000 überwiegend weibliche Arbeiter auf den 21 Blumenfarmen in der Region um den Viktoriasee beschäftigt und kultivieren dort rund 45 verschiedene Blumensorten.

Unerträgliche Bedingungen auf den Blumenfarmen

Während die ugandische Regierung auf die Schaffung neuer Blumenfarmen durch ausländische Investoren setzt, berichten Flavia Amoding und Steven Barasa über die Situation hinter dem rosigen Bild dieses lukrativen Geschäfts. „Es ist untragbar,

dass die ArbeiterInnen sechs Tage die Woche für einen Hungerlohn von weniger als einem Euro pro Tag arbeiten müssen, von bezahlten Überstunden und Krankheitstagen ganz abzusehen“, erklärt Flavia Amoding ihren ZuhörerInnen. Die Mutter von acht Kindern will durch die Arbeit bei UWEA vor allem die Rechte von Frauen im Blumensektor stärken. „Es gibt viele Probleme, die insbesondere Frauen betreffen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist keine Seltenheit. Schwangere haben nur unzureichenden Mutterschutz und müssen bis zur Geburt dieselben Tätigkeiten verrichten wie alle anderen. Besonders gefährdet sind stillende Mütter, die permanent den hochgiftigen Pestiziden ausgesetzt sind“. Weiterhin waren die äußerst prekären Arbeitsbedingungen, die schlechten hygienischen Zustände, die mangelnde Schutzkleidung gegen die giftigen Pestizide sowie die Unwissenheit der Beschäftigten über ihre Rechte als ArbeiterInnen Gegenstand der Vorträge.

Die neue Gewerkschaft UHAWU

„Die Gründung der Gewerkschaft war eine unvermeidbare Reaktion auf die schlechten Bedingungen, die auf den Blumenfarmen in Uganda vorherrschen“, erklärte

Steven Barasa. Seit seinem 18. Lebensjahr arbeitete der 35-jährige auf sechs verschiedenen Blumenfarmen in Kenia und Uganda und ist daher mit den Ungerechtigkeiten bestens vertraut. Letztes Jahr wurde er aufgrund seiner Bemühungen die ArbeiterInnen gewerkschaftlich zu organisieren entlassen. Seither schlossen sich jedoch mehr als 2.000 ArbeiterInnen den Ideen und Visionen UHAWUs von mehr Mitbestimmung und einer Stärkung der Arbeiterschaft an. Kritik richteten sie dabei vor allem an die Regierung, die die Einhaltung bereits bestehender Arbeitsgesetze nicht angemessen überprüft.

Der Kampf geht weiter

Informative Gespräche mit VertreterInnen des Flower Label Program (FLP), des Verbands des Deutschen Blumen-Groß- und Importhandels (BGI) sowie mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) motivierten die beiden Ugander mit neuen Anregungen und Ratschlägen, tatkräftig weiter für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf ugandischen Blumenfarmen zu kämpfen.

FIAN plant derweil anlässlich der Gipfelkonferenz des Commonwealth Ende November 2007 in Uganda eine gemeinsame Kampagne mit UHAWU und UWEA. Flavia und Steven baten ihre ZuhörerInnen, einen Brief an die Dachorganisation der ugandischen Blumenindustrie UFEA abzuschicken, in dem sie die Einhaltung ethischer Aspekte in der Blumenproduktion durch Achtung internationaler Arbeitsstandards fordern. Der Musterbrief kann auf der Internetseite von FIAN heruntergeladen werden (www.fian.de).

Die Autorin absolviert zurzeit ein Praktikum bei FIAN-Deutschland.

JV 2007 – FIAN verjüngt sich



Der neue Vorstand von FIAN-Deutschland (v.l.n.r.): Joachim Vorneweg, Maren Kröger, Julia Rometsch, Rainer Kubach, Kristina Roepstorff, Wolfgang Sterk, Benjamin Weber, Johannes Brandstätter

Zur diesjährigen Jahresversammlung trafen sich in Würzburg wieder FIANistas aus allen Teilen der Republik. Das Zusammentreffen von erfahrenen Mitgliedern und erfreulich vielen jungen TeilnehmerInnen bot die Gelegenheit zu einem anregenden und fruchtbaren Austausch untereinander. Thematisch stand die Politik der Weltbank im Zentrum des inhaltlichen Teils. Verschiedene ReferentInnen boten interessante Vorträge, die nachfolgenden Arbeitsgruppen griffen unterschiedliche Perspektiven der Weltbankpolitik auf. Ihre Auseinandersetzung mit dem Thema mündete in zwei Initiativanträgen an den Vorstand. Sie definieren die Richtung der FIAN-Arbeit zur Weltbank und wurden von der Mitgliederversammlung einstimmig verabschiedet.

Am Samstag Abend stellte Britta Schweighöfer die europäische Kampagne Face It – Act Now vor, die im Oktober 2007 startet. (Siehe Seite 15 in diesem Heft)

Neben den spannenden inhaltlichen Diskussionen standen in diesem Jahr auch wieder Wahlen zum Vorstand an. Hier gibt es einige Veränderungen zu verzeichnen. Markus Greiling, langjähriger Vorsitzender von FIAN-Deutschland, stand für die Wahl nicht mehr zur Verfügung, da seine Amtszeit ausgeschöpft war. Schatzmeister Heiko Hansen sowie Beisitzerin Lisa Lenz sind aus beruflichen Gründen ausgeschieden. Der neue Vorstand zeigt sich nun mit allen Stärken: erfahrene „alteingesessene“ FIANistas sind ebenso vertreten wie „die Neuen“, die frischen

Wind versprechen. Wolfgang Sterk wurde zum Vorsitzenden gewählt, Johannes Brandstätter bleibt seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender treu, Kristina Roepstorff übernimmt das Amt der Schatzmeisterin. Als BeisitzerInnen wurden gewählt: Maren Kröger, Rainer Kubach, Julia Rometsch, Joachim Vorneweg und Benjamin Weber.

Auch bei den Ämtern der Internationalen Delegierten sowie bei der Leitung des Arbeitskreises Frauen und Ernährungssicherheit gab es Bewegung. Zu Internationalen Delegierten neu gewählt wurden Dorothea Greiling und Kristina Roepstorff. Stephan Berg stand nach langjährigem Engagement nicht mehr zur Wahl. Den Arbeitskreis Frauen und Ernährungssicherung übernimmt Maren Kröger, die hier auf festes Fundament aufbauen kann. Über 10 Jahre lang hatte Marlies Olberz diesen Arbeitskreis mit viel Einsatz und Durchhaltevermögen begleitet.

Allen, die aus ihren Funktionen ausgeschieden sind, auch an dieser Stelle nochmals ein ganz herzlicher Dank für die vielen ehrenamtlich investierten Stunden und die kompetente Arbeit! Nach einem ergebnis- und ereignisreichen Wochenende in angenehmer Atmosphäre verabschiedeten sich am Sonntagmittag die TeilnehmerInnen voneinander. Viele neue Kontakte wurden geknüpft und viel Engagement für die zukünftige Arbeit FIANS eingebracht. Das Protokoll der Jahresversammlung sowie ausführliche Informationen zu den Wahlen und Anträgen stehen im Mitgliederbereich auf unserer Internetseite zum Download zur Verfügung.

Jetzt aufstocken!

FIANS Arbeit für das Recht auf Nahrung und die Würde des Menschen beruht auf Unabhängigkeit.

Politisch wie auch finanziell.

Stocken Sie Ihren Mitgliedsbeitrag oder Ihre Spende auf, um diese Unabhängigkeit auch weiterhin zu garantieren.

Freiwillig, nach eigenem Ermessen und jederzeit widerrufbar.

Herzlichen Dank!

Rezension



Die Hackordnung im globalen Hühnerstall: Hühnerbrust und Chicken Wings – Wer isst den Rest?

Können Sie sich noch daran erinnern, wann Sie das letzte Mal im Kreise der Familie ein ganzes Huhn auf dem Tisch stehen hatten? Fakt ist nämlich, dass die Europäer praktisch nur noch die Hühnerbrust essen, während der Rest des Huhns kaum noch Absatz findet. Dieses sogenannte Restfleisch findet seinen Weg

über die Kanäle des Welthandels nach Afrika – mit fatalen Folgen für die lokale Produktion.

Francisco Marí und Rudolf Buntzel, Mitarbeiter des Evangelischen Entwicklungsdienstes (eed), gehen in ihrem Buch *Das globale Huhn* den Weg des Huhns nach und veranschaulichen, wie es dazu kam, dass Billigimporte von Hühnerteilen die westafrikanischen Märkte überschwemmen. Dies nicht etwa, weil Subventionen den Export so lukrativ machen. Hintergrund ist schlicht die Tatsache, dass in den Export nach Afrika jene Hühnerteile gehen, für die es in Europa keinen lukrativen Markt gibt, und dass die Großproduzenten dieses Restfleisch zu einem Preis abset-

zen, der den Tatbestand des Dumpings erfüllt. Doch die Autoren führen aus, wie durch Ausnutzung bestimmter Handelsregeln der Sachverhalt des Dumpings im Fall der Hühnerexporte im legalen Rahmen bleibt – und wie ungerecht und unzulänglich diese Welthandelsordnung ist. Aber sie erzählen auch vom erfolgreichen Widerstand der kamerunischen Zivilgesellschaft gegen das Hühnerdumping. Die Bürgerbewegung ACDIC startete eine landesweite Kampagne und klärte über die fatalen Folgen der importierten Hühnerteile auf. Diese stellen zum einen eine große Gesundheitsgefahr für die VerbraucherInnen dar. Verlässt das tiefgefrorene Fleisch das Schiff, sorgen fehlende Kühlmöglichkeiten und eine durchschnittliche Temperatur von 30 Grad Celsius für die rasche Vermehrung von Keimen und Bakterien. Immer wieder finden sich ganze Hochzeitsgesellschaften mit Vergiftungserscheinungen im Krankenhaus wieder. Gravierend sind zudem die sozialen Folgen für die lokalen HühnerhalterInnen. Sowohl die wenigen großen Mastbetriebe als auch die traditionellen HühnerhalterInnen können dem Preisdruck, der durch den EU-Import entsteht, nicht standhalten. Besonders tragisch ist dies für die Frauen, denn das lokal produzierte Huhn ist ‚weiblich‘; fast 70 Prozent der Hühner werden von Frauen gehalten. Die Aufklärungskampagne der Bürgerbewegung hatte Erfolg. Immer mehr Kameruner verweigerten nicht nur den Konsum des importierten Geflügels, sondern beteiligten sich auch an Protesten.



Fundiert, kompetent, anregend: Jahrbuch Mission

Europa Kirchen, Christen und Missionen 304 Seiten, 9,80 Euro

Das Jahrbuch Mission 2006 mit dem Schwerpunkt „Europa“ gibt einen Einblick in theologische Überlegungen und Konzepte zur Mission in Europa, aus der Perspektive unterschiedlicher Konfessionen, Positionen und Kontexte. Nach einführenden Beiträgen werden Projekte aus verschiedenen euro-

päischen Ländern vorgestellt – kirchliche Basisarbeit in Frankreich, eine ökumenische Kommunität in England oder eine offene kirchliche Arbeit in Ostdeutschland. Unter Mitwirkung von etwa dreissig Autorinnen und Autoren ist ein umfassendes Werk zur Mission in Europa entstanden, das sich durch eine theologische Fundierung, eine anschauliche Darstellungsweise und konkrete Beispieltex te auszeichnet.

Noch lieferbar sind:



Menschenrechte
320 Seiten, 9,80 Euro
Ein grundlegendes Buch zum Thema Mission und Menschenrechte. Mit Beiträgen zu allen dreissig Artikeln der Menschenrechtserklärung.



Nordamerika
304 Seiten, 9,80 Euro
Kirche und Mission in den USA und Kanada – ein Überblick über die Geschichte, die Lage der Kirchen heute, ihre Probleme und neue Ideen.



Menschen mit einer Mission
304 Seiten, 9,80 Euro
Biografien, Porträts, Interviews – ein Blick auf die Persönlichkeiten hinter den grossen Linien der Missionsgeschichte.

MISSIONSHILFE VERLAG

Normannenweg 17-21 • D-20537 Hamburg • Tel. +49(0)40/ 254 56-143 • Fax +49(0)40/ 254 56-443 • E-Mail demh@emw-d.de

Neue Publikationen

Schließlich ist der politische Druck so groß, dass die Regierung auf die Forderungen eingeht und die Importmengen tiefgefrorener Hühner Teile aus der EU quotiert und deren effektive Kontrolle verspricht.

Das globale Huhn ist eine gut recherchierte Dokumentation über den Aufstieg des Huhns zu einer globalen Ware, die in hohem Maße von Großkonzernen kontrolliert wird. Vor dem Hintergrund des globalen Hühnerhandels erfahren die Leserinnen und Leser etwas von der Stellung des Huhns in Kultur und Religion und können nachlesen, wie aus einem Wildhuhn ein der industrialisierten Produktion angepasstes Hybridhuhn entsteht. Sie lernen die verantwortlichen, großen Hühnerkonzerne kennen, die von Europa, den USA, Thailand und Brasilien aus den Weltmarkt bestimmen und ihre Handelsinteressen ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen. Die Möglichkeit, diese Verhältnisse zu ändern, sind vorhanden, sowohl durch zivilgesellschaftlich organisierten Protest als auch durch bewussten Umgang der einzelnen VerbraucherInnen mit der Ware Huhn. Nicht nur in Kamerun sondern auch und ganz besonders in Europa können „alternative KonsumentInnen“ ihren Einfluss durch ein bewusstes Kaufverhalten geltend machen. Regionale oder gar lokale Produktions- und Vermarktungskreisläufe sind auch in Deutschland zum Teil noch vorhanden. Zusammen mit dem Ökolandbau bilden sie eine echte Gegenstruktur zum „globalen Huhn“. Wieso die Autoren in ihren richtigen und wichtigen Tipps zum „alternativen Huhn“ auch die sogenannten Markenfleischprogramme der Firma Wiesenhof anführen, bleibt allerdings ein Rätsel. So steht der Name Wiesenhof für riesige Mastbetriebe und als Tochterfirma des weltweit agierenden Hühnerkonzerns PHW mitnichten für einen verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und Tier.

Mari, Francisco, Buntzel, Rudolf:

Das globale Huhn – Hühnerbrust und Chicken Wings – Wer isst den Rest?

Verlag Brandes & Apsel 2007,
ISBN 978-3-86099-852-6, 280 Seiten,
19,90 Euro



Deutschlands menschenrechtliche Verpflichtungen in multilateralen Entwicklungsbanken

Einführung und Fallstudie von drei Projekten in

Tschad, Ghana und Pakistan

Die Publikation legt den Schwerpunkt auf die Frage, in welchem Maße die deutsche Regierung Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Projekten trägt, die von multilateralen Entwicklungsbanken finanziert werden. Sie eröffnet außerdem die Diskussion darüber, wie Deutschland seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen im Rahmen der multilateralen Entwicklungsbanken entsprechen kann.

Autorin: Ute Hausmann, Hg. FIAN zusammen mit Brot für die Welt, eed, DIN A 4, 36 S., 2007, Bestellnummer b20, 4 Euro



Dossier: Frauenrechte Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte von Frauen

Gemeinsam mit der Zeitschrift eins Ent-

wicklungspolitik herausgegebenes Dossier mit Beiträgen verschiedener Autorinnen; farbig, Sonderformat, 8 S., März 2007, Bestellnummer j04, 2 Euro



Dossier: Die Philippinen und ihre Agrarreform – keine Bewegung kurz vor dem offiziellen Ende?

2008 wird die Agrarreform auf den Philippinen 20 Jahre alt. Dann soll sie als beendet erklärt werden. Am Beispiel der Halbinsel Bondoc zeigt sich, dass Agrarreformen auch über 2008 hinaus dringend notwendig

sind. Ein Ende würde einer Zementierung der jetzigen, teilweise feudalen Strukturen gleich kommen und den jahrelangen Kampf der Pächterfamilien konterkarieren.

Beiträge verschiedener AutorInnen; FIAN-Deutschland, DIN A 4, 20 S., Juli 2007, Bestellnummer c23, 4,50 Euro



Fact Sheet: Menschenrechte als Konzept für Landpolitik, ländliche Entwicklung und die internationale Zusammenarbeit

Das Fact Sheet fasst die aktuellen Trends, Positionen und grundlegende Probleme des menschenrechtlichen Ansatzes bei der Frage des Zugangs zu Land zusammen.

Beleuchtet werden in erster Linie die multilateralen Impulsgeber und deren Haltung. Zudem wird aufgezeigt, wie eine praktische Implementierung von Menschenrechten in diesem Bereich aussehen kann.

Autorin: Sofia Monsalve, FIAN-International, DIN A 4, 8 S., Juni 2007, Bestellnummer c24, 2 Euro

hat mich als Mitglied geworben!
Bitte schicken Sie ihm/ihr folgendes Poster zu:



☐ 63 cm x 43 cm,
schwarz-weiß



☐ 63 cm x 43 cm,
farbig

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Tel.



Bitte
ausreichend
frankieren!

FIAN-Deutschland e. V.
Düppelstraße 9-11
50679 Köln

Ist Ihre Anschrift noch aktuell?
Teilen Sie uns Änderungen
bitte rechtzeitig mit!

Termine

FIAN-Blumenseminar: Blumen global – Probleme lokal Menschenrechtliche und entwicklungs- politische Herausforderungen für die Blumenkampagne

Welche Rolle spielen mögliche Menschenrechtsverletzungen bei der Kreditvergabe der Bundesregierung an Blumenplantagen in Entwicklungsländern? Bieten Gütesiegel eine Lösung für diese Probleme? ReferentInnen aus Ecuador und Deutschland werden zu diesen Themen informieren.

Termin: 5.-7. Oktober 2007
Haus der Jugend, Frankfurt am Main
Teilnahmebeitrag: 60,- Euro (30,- Euro ermäßigt)

Das ausführliche Programm sowie einen Anmeldeabschnitt finden Sie im Serviceteil dieses Heftes!

FLP-Seminar: Mit vereinten Kräften: Blumen fairkaufen

Unter dem Titel „Mit vereinten Kräften: Blumen fairkaufen“ lädt der FLOWER LABEL PROGRAM e.V. mit der Blumenkampagne und dem FLP vertraute Menschen vom 16. bis 18. November 2007 zu einem MultiplikatorInnen-Seminar nach Köln ein. Ziel des Seminars ist neben einer besseren bundesweiten Vernetzung der verschiedenen Akteure hauptsächlich die Erarbeitung von Aktions-/Argumentationsleitfäden und die Entwicklung von Informationsmaterialien für die besondere Zielgruppe der FloristInnen.

Um eine möglichst effiziente Zusammenarbeit zu ermöglichen, ist die Zahl der TeilnehmerInnen auf 20 beschränkt.

Termin: 16.-18. November 2007
Köln

Weitere Infos und Anmeldung unter
info@fairflowers.de.

Postvertriebsstück K 13171
Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG

FIAN-Deutschland e. V.
Düppelstraße 9-11
50679 Köln

ISSN 1611-5880



FIAN-Deutschland ist das
DZI-Spendensiegel zuerkannt worden.

Unser Spendenkonto:
FIAN-Deutschland e. V.
GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
Konto 4000 4444 00
BLZ 430 609 67

Für Österreich:
FIAN-Österreich
Laudongasse 40
1080 Wien
Tel. 01-4055515
Fax 01-4055519
www.fian.at

Spendenkonto:
PSK-Bank
Konto 76 19 580
BLZ 60 00

- ☐ Ihre Arbeit überzeugt mich – ich werde Mitglied! Mein Monatsbeitrag soll sich belaufen auf
☐ 4 € ☐ 5 € ☐ 10 € _____ €
- ☐ Ich möchte Ihre Arbeit in Zukunft gerne monatlich mit _____ € unterstützen.
- ☐ Ich möchte das FoodFirst abonnieren als ☐ Standardabo 15 € ☐ Förderabo 30 € (Ausland zzgl. 10 €)

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____ Tel. _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Außerdem ermächtige ich FIAN-Deutschland widerruflich, den Beitrag von meinem Konto einzuziehen.

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich

Konto-Nr. _____ BLZ _____

Kreditinstitut _____ Datum/Unterschrift _____



Mitglieder werben Mitglieder!

Wer könnte besser dafür werben, bei FIAN Mitglied zu werden, als unsere Mitglieder selbst?

Für jedes neu geworbene Mitglied gibt es ein Poster als Dankeschön, nutzen Sie die dazu nebenstehende Postkarte!